Bündnis gegen den Parteitag von „Pro-Deutschland“
Sprecher des Bündnisses: Dirk Stegemann
Telefon: 0177 / 176 86 33

An die Leiter der Ressorts
Lokales / Berlin / Überregional

Berlin, 19. 08. 2010

Presseerklärung:

Wirkungsvoller Protest gegen Büroeröffnung von Pro Deutschland und weitere Verbreiterung des Bündnisses gegen Rassist_innen in Berlin!

Als „erfolgreich, lautstark und sehr wirkungsvoll“ bezeichnet das Bündnis gegen die Rassist_innen von Pro Deutschland die Proteste gegen deren Büroeröffnung in Berlin. „Einmal mehr haben wir gezeigt, dass Nazis, Rassist_innen bzw. sogenannte Rechtspopulist_innen keinen Platz in Berlin haben“. Etwa 50 Unterstützer_innen und Bündnispartner_innen fanden sich trotz der sehr kurzfristigen Mobilisierung, der Uhrzeit, der Ferienzeit und des weit ab vom Zentrum gelegenen Ortes zusammen, um Pro Deutschland die Illusion zu nehmen, irgendwo ungehindert ihre rassistischen Parolen und Ressentiments verbreiten zu können. Erfreulich auch, dass hierbei neue Vertreter_innen von Initiativen, Organisationen, Vereinen und Parteien aus anderen Bezirken Berlins sowie des Bezirksamtes Marzahn/ Hellersdorf einschließlich der Bürgermeisterin Frau Dagmar Pohle das Bündnis verstärkt haben. Nicht zuletzt deshalb gelingt es der selbsternannten „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ weiterhin nicht, sich über eine Kriminalisierung der Teilnehmer_innen der Proteste zu legitimieren. Dem Ziel, das Bündnis noch breiter und wirkungsvoller in ganz Berlin zu etablieren sowie die Chancen für Rassist_innen und Nazis bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2011 weiter zu minimieren, sind wir damit einen entscheidenden Schritt näher gekommen. Neben diesen Protesten sowie weiteren geplanten, etwa gegen den Besuch des niederländischen Rassisten Geert Wilders am 02. Oktober in Berlin auf Einladung der ebenfalls rassitischen, selbsternannten Bürgerbewegung „Pax Europa“ und dem rassistischen Webblog „Politically Incorrect“ kündigt das Bündnis eine verstärkte Aufklärung über die wirklichen Inhalte und Ziele sogenannter rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen in Berlin an.

Wir werden es nicht zulassen, dass selbsternannte Bürgerbewegungen mit ihrer Spaltungs- und Ausgrenzungspropaganda gegen ganze Bevölkerungsteile nach konstruierten Merkmalen wie Herkunft, Religion, sozialem Status oder ihrer Lebensweise erfolgreich sind. Auch nicht über eine als Deckmantel dienende angebliche Islamkritik. Rassismus jeglicher Ausprägung sowie Homo- und Transfeindlichkeit erteilen wir eine eindeutige Absage! Für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen!